

# Die Partei der vielen Positionen

*Toni Bortoluzzi leitet die SVP in der Debatte um die AHV. Eine SVP, die hin und her gerissen ist.*

Von **Markus Somm, Bern**

Am zweiten Tag der AHV-Debatte schaut Toni Bortoluzzi, ein riesiger Schreinermeister aus dem Kanton Zürich, schon sehr zufrieden in die Welt. «Unser Konzept», sagt der Nationalrat der SVP, «geht auf.» Und er schaut so intensiv zufrieden, dass mögliche Zweifel an seinem Gesicht einfach abperlen. Bortoluzzi, der in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit sitzt, koordiniert seine Fraktion in dieser riesenhaften Debatte. Wird abgestimmt, rufen die SVP-Leute nach vorn: «Toni, wie stimmen wir? Was heisst Nein?»

## Was heisst hier Erfolg?

Auf den zweiten Blick fragt man sich, worin denn der Erfolg der SVP bestehen soll? Bortoluzzi: «Alles, was wir schon vor einem Jahr gefordert haben, wird nun diskutiert.» Aber doch nicht die Kapitaldeckung für die AHV? Das seien natürlich langfristige Sachen, immerhin die Debatte sei lanciert. Und was ist mit der Tatsache, dass das Parlament den Antrag der SVP auf Nichtetreten so klar verworfen hat? Auch dieser Einwand bringt Bortoluzzi nicht aus der Ruhe: Stimme

das Volk einst der Gold-Initiative der SVP zu, werde man auf weitere Mehrwertsteuererhöhungen verzichten können – dagegen habe sich die SVP am Montag mit ihrem Antrag gewandt –, und genauso werde es auch herauskommen.

## Abhärten oder abfedern

Bortoluzzis Selbstbewusstsein mag echt sein, aber gerechtfertigt ist es nicht. Denn gerade die SVP bewegt sich in der gegenwärtigen Auseinandersetzung eher unsicher. «Klare Positionen», wie sie die Partei laut Eigenwerbung pflegt, sind nur verschwommen zu erkennen. Das zeigt sich etwa in der Frage der sozialen Abfederung der Flexibilisierung des Rentenalters, wo die Bauernvertreter der SVP mit der Linken für die grosszügigere Lösung stimmten. Eine ähnliche Zerrissenheit war auch bei der Witwenrente zu beobachten: Die Partei tat sich schwer, den innerparteilichen Meinungspluralismus zu begrenzen. Erst in der letzten Abstimmung über die verschiedenen Kürzungsvarianten homogenisierte sich die Fraktion und stimmte sie geschlossen.

Selbstverständlich handelt es sich hier um eine unangenehme Frage für eine Partei, die wie die SVP so oft die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau lobt und verteidigt. Wie unangenehm, übersah die Partei jedoch zunächst: Als der Bundesrat seinerzeit vorschlug, die Witwenrente an die Witwenrente anzugleichen, um somit rund 800 Millionen zu sparen, nahm die SVP das mit wohlwollendem Interesse zur Kenntnis. Sparen ist immer gut. Erst mit der Zeit realisierten

die SVP-Politiker, wie schlecht ein solcher Abbau bei den eigenen Leuten ankommt. Manche harten Sparer wurden ganz weich beim Gedanken, dass ihre eigene Frau, die so umsichtig den Haushalt führt, einst betroffen sein könnte. Auch Bortoluzzi stellte sich das vor: «Dass meine Frau», sagt er, «einfach nichts bekommt, wenn es mich einmal umstellt, das ist doch undenkbar.» So schwenkte ein Teil der SVP zunächst auf das Kompromissmodell der Kommission um, welches 510 Millionen bei den Witwen sparen wollte.

## Befriedung durch Stillschweigen

Andere in der Partei aber schwenkten lange nicht mit, etwa Jürg Stahl (ZH), der einer jüngeren Generation angehört, und überzeugt ist, dass die Witwenrente in der alten Form überholt ist. Er vertrat weiterhin mehr oder weniger die Position des Bundesrates. Wieder andere, vor allem die Bauern, hielten auch 510 Millionen für eine viel zu einschneidende Sparmassnahme. Sie stimmten am Dienstag in rechter Zahl für das Modell, das bloss 440 Millionen an Einsparungen gebracht hätte. Am Ende sorgte vor allem das Abstimmungsprozedere dafür, dass die SVP beim letzten Entscheid geschlossen wirkte, obschon man sich in der Sache – welche Witwenrenten braucht es noch? – im Grunde gar nicht einig ist.

Vielleicht war das ja Teil des «Konzepts»: Die eigenen Gegensätze nicht an die «grosse Glocke zu hängen». Und das unangenehme Thema ist wie von selbst vom Tisch.

# Mischindex bleibt

*In Sachen Finanzierung hat der Nationalrat drei wichtige Entscheide gefällt.*

Von **Markus Somm, Bern**

Der Nationalrat nahm am Dienstag auch die Debatte des so genannten Finanzierungsteils der 11. AHV-Revision auf, unzählige Entscheide sind gefallen, zu Ende beraten wird am Mittwoch. Drei Beschlüsse sind von Gewicht.

Erstens sollen die Renten neu alle drei Jahre an die Entwicklung der Preise und Löhne angepasst werden statt wie bisher alle zwei Jahre. Die Linke wehrte sich verbittert gegen diese Sparmassnahme, die 150 Millionen umfasst. Rudolf Rechsteiner (SP, BS) hält diese «Übung» für unnötig, man schüre in der Bevölkerung Ängste, weil man die Renten schleichend kürze. Christine Egerszegi (FDP, AG) verteidigte diese Massnahme als «sozial verträglich».

## Erfolg für Dreifuss

Zweitens vermochte die Linke zusammen mit einem Teil der Bürgerlichen den Mischindex in seiner heutigen Form zu verteidigen. Es bleibt dabei, dass die Renten zur Hälfte der Teuerung und zur Hälfte der Nominallohnentwicklung angepasst werden. Eine starke Minderheit um Trix Heberlein (FDP, ZH) wollte diese Zusammensetzung verändern: Die Teuerung sollte zu zwei Dritteln ins Gewicht fallen, die Lohnentwicklung bloss zu einem Drittel. Das hätte grosse Einsparungen gebracht, weil die Löhne in der Regel mehr zulegen als die Preise. Oder anders gesagt: Die Renten wären im Verhältnis zu den Löhnen immer kleiner geworden. Laut Heberlein würden die Rentner dies kaum spüren, da die zweite Säule in einigen Jahren voll etabliert sei. Die Linke überzeugte das nicht: Rudolf Rechsteiner warnte vor «dramatischen Folgen» und vermutete, dass dies bloss ein erster Schritt auf dem Weg zur völligen Loskoppelung der Renten von den Löhnen wäre. Einen - kleinen - Erfolg erreichte die Rechte: Sollte der AHV-Ausgleichsfonds unter 70 Prozent einer Jahresausgabe fallen und zugleich keine Erhöhung der Mehrwertsteuer beschlossen worden sein, dann werden die Renten nur mehr der Teuerung angepasst, nicht mehr den Löhnen.

Schliesslich lehnte das Parlament zwei bedeutungsvolle Anträge von SVP respektive SP ab - mit grosser Mehrheit: Die SVP wollte die Ziele ihrer eingereichten Goldinitiative bereits jetzt in die Verfassung schreiben. Die nicht mehr benötigten Goldreserven der Nationalbank sollen neu der Finanzierung der AHV dienen. Die SP, genauer: ein Antrag von Rudolf Rechsteiner, verlangte, dass ein Teil der Gewinne der Nationalbank für die AHV eingesetzt wird - auch dieses Ziel ist Gegenstand einer Volksinitiative, die aber erst noch gesammelt werden muss.

# Witwen geschont

*Alle Witwen mit Kindern sollen auch in Zukunft eine Hinterbliebenenrente erhalten. Kinderlose Witwen sollen aber leer ausgehen.*

Von **Andrea Fischer, Bern**

Es war zu erwarten: Die Gleichstellung der Witwen mit den Witwern hat im Parlament zurzeit keine Chance. Frauen mit Kindern sollen nach dem Tod ihres Ehemannes weiter Anspruch auf eine Witwenrente haben. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Kinder noch klein oder längst ausgezogen sind. Kinderlose Witwen hingegen wären durch die AHV nicht mehr abgesichert. Ausser sie seien bei In-Kraft-Treten der Revision bereits 60 Jahre alt. Wer bereits eine Rente bezieht, soll diese behalten können.

## Frauen nach wie vor benachteiligt

Die Linke und die Freisinnigen setzten sich vehement für die Witwen ein. Sie erinnerten daran, dass sich die Biografien von Frauen noch immer klar von denen der Männer unterscheiden. So sei etwa der Anteil der Frauen am Erwerbsleben wesentlich kleiner als jener der Männer. Und auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere bei den Löhnen, seien Frauen noch immer benachteiligt. Erst recht Wiedereinsteigerinnen. Wer die Witwen den Witwern gleichstellen wolle, gehe offenbar davon aus, dass man bloss das Gesetz zu ändern brauche und sich die Realität dann schon anpassen würde, sagte Stéphanie Baumann (SP, BE) an die Adresse des Bundesrats. Und Christine Egerszegi (FDP, AG) betonte, die AHV sei auch eine Versicherung für die Hinterbliebenen. Am liebsten würde sie deshalb die Witwer den Witwen gleichstellen, also den Anspruch der Witwer ausbauen. Doch dies sei leider nicht finanzierbar.

## Auch Bundesrätin krebst zurück

Von der ursprünglichen Absicht des Bundesrats, die Witwen den Witwern gleichzustellen, will inzwischen selbst Sozialministerin Ruth Dreifuss nichts mehr wissen. Sie unterstützte im Rat den weniger weit gehenden Vorschlag der vorberatenden Kommission. Danach hätten Witwen grundsätzlich nur noch Anspruch auf eine Rente, wenn sie minderjährige Kinder betreuen oder bei deren 18. Geburtstag bereits 45 Jahre alt sind.

Doch selbst diese abgeschwächte Variante fand gestern nur noch bei der SVP (und einzelnen FDP-Mitgliedern) Anklang. Zwar hat die SVP noch an der Session in Lugano nichts wissen wollen vom Krippenprogramm des Bundes; ein Programm, das den Müttern den Verbleib im Beruf erleichtern soll. Jetzt aber mutet sie

den Witwen auch nach langen Jahren der beruflichen Abstinenz problemlos einen Wiedereinstieg ins Erwerbsleben zu. Ob das in der Realität aufgeht, scheint die Partei nicht zu interessieren. Hauptsache, es wird bei den Sozialausgaben gespart.

Die Änderungen bei der Witwenrente bildeten ursprünglich das grösste Sparpaket in der 11. AHV-Revision. Mit der Variante des Bundesrats hätte man knapp 800 Millionen einsparen können, mit derjenigen der Kommission immerhin noch gut 500 Millionen. Nach der gestrigen ersten Debatte wurde der Spareffekt auf 120 Millionen Franken im Jahr reduziert.